McKinsey: „Versorgungssicherheit nach Atom- und Kohleausstieg nicht mehr garantiert“

geschrieben von Admin | 7. September 2019

Mit schöner Regelmäßigkeit meldet sich McKinsey mit einem aktuellen „Energiewende-Index“. Als Sympathieträger kann man die Firma aus der Branche „beraten und verkauft“ wohl nicht bezeichnen, aber die Zusammenstellung wichtiger Daten zur Einschätzung des Standes der Energiewende ist gleichwohl erhellend, weil sie regelmäßig dem gleichen Muster folgt. In den Kapiteln „Umwelt- und Klimaschutz“, „Versorgungssicherheit“, und „Wirtschaftlichkeit“ werden die aktuellen Verhältnisse mit den Zielen verglichen.

Nüchtern teilen die Mackies aktuell mit:

„Deutschland verfehlt den Großteil seiner selbstgesteckten Ziele für die Energiewende bis 2020. Gleichzeitig ist mittelfristig nach dem beschlossenen Atom- und Kohleausstieg die Versorgungssicherheit gefährdet, wenn die abgeschalteten Kapazitäten nicht rechtzeitig flexibel ersetzt werden und der Ausbau der Transportnetze schneller vorankommt.“

Das muss erst einmal verdaut werden. Ersatzkapazitäten – wo, wie, wann und vor allem – durch wen? Der Netzausbau ist als Problem erkannt (Althmaier: „Wir sind katastrophal im Verzug“) und administrativ schon bearbeitet durch das „Netzausbaubeschleunigungsgesetz“, welches die Preise treibt durch so genannte „Beschleunigungszuschläge“ für zügige Vertragsabschlüsse. Wie schnell die Kabel denn wirklich von der Rolle gezogen werden, ist bei der geplanten umfangreichen und teuren Erdverkabelung mit einiger Unsicherheit behaftet.

Aber wenigstens der „Klimaschutz“ wird doch erfolgreich voranschreiten, wo er doch vorgeblich von Politik, Wirtschaft und Volk als allergrößtes Problem gesehen wird? Nein, auch hier wurde nur der Mund gespitzt und nicht gepfiffen. Obwohl eine Reduktion zu verzeichnen ist, stehen nur 61 Prozent Zielerreichung im Buch. Die Frage, ob es sich überhaupt um realistische Ziele handelt, wenn man auf dem Weg in die grüne Zukunft einfach mit dem Atomausstieg eine bedeutende CO₂-arme Technologie in den Graben wirft, wird nicht erst gestellt. Der Elefant mitten im Raum wird regierungsseitig ignoriert.

Auch in den Kategorien Primärenergieverbrauch, Stromverbrauch, Kosten für Netzeingriffe, Ausbau Transportnetze, Interkonnektorkapazität (grenzüberschreitende Leitungen) und Wirtschaftlichkeit (Haushaltsstrompreis, EEG-Umlage) werden verfehlt. Es gibt auch Positives: Eine ausreichende Versorgungssicherheit, auch die

Industriestrompreise und die Beschäftigtenzahl in der energieintensiven Industrie werden wie die Reservemarge noch als positiv ausgewiesen.

In einer Kategorie werden die Ziele indes stets übererfüllt: Die Stromerzeugung aus „Erneuerbaren“. Mit 37,8 Prozent Anteil am Bruttostromverbrauch ist das 2020er Ziel (35 Prozent) schon heute übererfüllt. Wenn der Zubau die Netzkapazitäten offensichtlich übersteigt und ständig steigende Netzkosten verursacht, stellt sich die Frage der Koordination und des Managements der Energiewende. Logische Reaktion wäre ein Moratorium des Zubaus, bis der nachhängende Netzausbau den regenerativen Einspeisungen gewachsen ist und keine Mehrkosten verursacht. Damit gerät das politisch handelnde Personal in den Blick.

Master of disaster

Da die deutsche Energiewende eine nationalstaatliche Veranstaltung ist, stellt sich die Frage nach Management und Koordination. Auch dazu gibt es mit dem Bericht des Bundesrechnungshofes eine Einschätzung, die in ihrer Gesamtaussage in der Privatwirtschaft eine fristlose Kündigung zur Folge hätte. Das perlt aber an unserem Gute-Laune-Bär an der Spitze des Wirtschaftsministeriums ab. Die Beschäftigung mit Details ist seine Sache nicht, Veranstaltungen wie der jüngste „Windenergiegipfel“ enden im Ungefähren und in Absichtsbekundungen. Wenn Realitäten Wirkung entfalten und politisches Wunschdenken nicht weiterführt, setzt Ratlosigkeit ein. Die fehlende Versorgungssicherheit der Windkraft auf der einen und die wirkmächtige Windlobby auf der anderen spitzen einen Konflikt zu, der sich mit Formulierungen nicht lösen lässt.

Zu höherem berufen, als treuer Bodyguard der Kanzlerin in den Talkshows und Mann für die Spezialaufgaben (Flüchtlingskoordinator) fühlt sich der als „Abrissbirne der Energiewende“ (Trittin) Geschmähte zu Höherem berufen als nur zu schnöder Koordination. Er will größere Räder drehen, sich als oberster Klimaschützer positionieren und eine „Klimastiftung“ ins Leben rufen. Mit schlappen 50 Milliarden Stiftungskapital in einem Nebenhaushalt und zwei Prozent Verzinsung aus der Staatskasse sollen Bürger Anleihen zeichnen, das Geld wiederum ins zinslose Kredite für den „Klimaschutz“ fließen. Vermutlich wird auch dieser Ansatz den Weg der meisten heißen Schlagzeilen gehen und zügig vergessen werden.

Auch Wirtschaftsminister sind nur Menschen. Peter Altmaier ist stets bemüht und vermutlich auch pünktlich. Ein Mann wie ein Kleiderschrank – aber drin hängt nur ein Schlips. Eine Bewertung des handelnden Personals nimmt McKinsey noch nicht vor.

Der Beitrag erschien zuerst bei TE hier